

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

43. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. April.

11 Uhr. Am Ministertische Camphausen, Adenbach, Friedenthal, Ministerialdirector Weisshaupt, Geh. Räte Rötger, Bredel und Andere; später Fürst Bismarck und der Präsident des Reichs-Eisenbahn-Amtes Maybach.

Das Haus setzt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Uebertragung der Eigentums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich, weiter fort.

Handelsminister Adenbach: Es ist mir zu meinem lebhaften Bedauern geblieben nicht möglich gewesen, das Wort zu ergreifen. Nachdem Sie indessen in der vorigen Verhandlung eine Verteidigung der Vorlage seitens eines Mitgliedes dieses Hauses gehört, nachdem der Herr Reichskanzler sich wesentlich von seinem Standpunkt als Chef der Reichsverwaltung über die Vorlage ausgesprochen hat, glaube ich, meine Theilnahme nicht zögern zu dürfen, das für die Vorlage Gesagte noch in einigen kurzen Sätzen zu vervollständigen. Ich werde mich wesentlich an die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter anlehnen: er wird, wenn ich ihn bei verschiedenen Punkten angreifen muß, darin erkennen, wie sehr er bei mir im Ansehen steht. (Heiterkeit.) Leider ist meine Neigung zu ihm, wie ich nach seinen Ausführungen glaube, eine ganz einseitige und unüberwindliche. Es soll mich dies jedoch nicht abhalten, das von ihm Vorgebrachte völlig objectiv zu beleuchten. Als ich seine Ausführungen vernahm, glaube ich, mich nicht in dieser Versammlung, sondern im Reichstage zu befinden; seine ganzen Ausführungen waren darauf gerichtet, die angeblich gefährdeten Interessen des Reiches an dieser Stelle zu wahren. Mit Recht ist er aus: bedenken Sie, daß zu einem Verkauf zwei Personen gehören, ein Verkäufer und ein Käufer, das Reich wird über den Kauf zu entscheiden haben. Es wäre richtig gewesen, wenn er diese Apoptrophe an sich selbst gerichtet hätte, er würde dann das, was von dem Standpunkte des Käufers über diese Angelegenheit zu sagen ist, an anderer Stelle als hier vorgebracht haben, wo nur die Ermächtigung zu Verhandlungen mit dem Reich erteilt werden soll.

Diese Verschiebung der Sache macht es schwer, den Kern der Rede des Abg. Richter zu erkennen, wenn ich indessen die Schale abstreife, so scheint er mir seine Auffassung dahin zu richten, daß zunächst Alles so bleibt, wie es ist. Er nennt sich einen Freund des Reiches, er beweist diese Freundschaft dadurch, daß er den von den Einzelstaaten in dieser Sache bisher eingenommenen Standpunkt unbedingt lobt. Er sagt, er habe keine Sympathien für die Einzelstaaten gegenüber dem Reich und dennoch verteidigt er die von ihnen vertretene Auffassung. Der Abg. Richter behauptet ferner, seit dem Jahre 1866 sei vor dieses hohe Haus eine Angelegenheit von ähnlicher Bedeutung nicht gelang, es handle sich um eine Revision der Hauptgrundzüge der bisherigen Reichseinrichtungen, um eine Angelegenheit, wo gewissermaßen Bruder vor Bruder in Meinungsverschiedenheit sich trennen und wo der Vater in der Lage sei, seinen Sohn zu verurtheilen. Große politische Parteien sollen wegen dieser Frage in Spaltung und Zerrung begriffen sein, die Welt-Ansicht unseres öffentlichen und politischen Lebens soll aus den Angeln gehoben werden. Sehen wir zu, worum es sich handelt. Es ist eine Autokratie in Frage, die weitere Verhandlungen im Reichstage über die allgemeinen Gesichtspunkte, und demnach weitere Verhandlungen über die abgeschlossenen Verträge sowohl in diesem Hause, wie im Reichstage zur Folge hat. Es ist darüber sehr viel Staub aufgewirbelt worden und mit Recht. Manches in der Rede des Abg. Richter ist mehr gegen Ausführungen der Presse, als gegen die Vorlage selbst zu richten. Er hat sogar, täusche ich mich nicht, die Socialdemokratie herbeigezogen und die Schädigung der Eisenindustrie als mit dieser Vorlage in Zusammenhang stehend bezeichnet. Bei genauerer Prüfung der hierbei mitwirkenden Umstände würde er, wenn er diese Calamität nach den Wünschen der einflussreichsten seiner Wähler beistimmen sollte, Wege bezeichnen müssen, die er bisher entschieden perhorrescirt hat, Auffassungen, die dem Lande mehr schaden würden, als diese ziemlich harmlose und unschuldige Vorlage. Um seine Behauptungen aufrecht zu erhalten zu können, stellt sich der Abg. Richter selbst ein Programm auf, um es dann zu widerlegen. Dies Programm besteht in den Sätzen: alle Bahnen müssen Staatsbahnen werden und alle Bahnen ohne Ausnahme müssen auf das Reich übertragen werden. Gegen diese selbst gebildeten Sätze richtet er seine Angriffe. Wo stehen sie aber? Der Regierungsvorlage sind sie vollständig fremd.

Bei der Widerlegung solcher sich selbst aufgestellter Gebilde kann es dem Abgeordneten Richter auch sehr leicht gelingen, mich der Inconsequenz zu zeihen. Er citirt einen Satz von mir, worin ich sage, daß ich kein Anhänger derjenigen Auffassung sei, welche sämtliche Bahnen auf den Staat übertragen will. Ich habe im Jahre 1873 ausgesprochen, daß es notwendig sei, zur Consolidation des Staatseisenbahnwesens die Vergrößerung der Staatsbahnen in Aussicht zu nehmen. Mein heutiger Standpunkt ist ein völlig identischer mit dem damals von mir eingenommenen. Der Abg. Richter hat dann eine von mir bei Gelegenheit der Budgetdebatte über das Tarifwesen im vorigen Jahre gethane Aeußerung citirt, mit der mein gegenwärtiges Verhalten im Widerspruch stehen soll. Ich habe gesagt, daß bei den Tarifen es wesentlich auf die freie Thätigkeit der Bahnen mit ankomme. Warum habe ich diesen Satz ausgesprochen und in welchem Zusammenhang? Es hatte die 20procentige Erhöhung der Eisenbahntarife stattgefunden, viele Bahnen fühlten das Bedürfnis, sowohl im eigenen Interesse, als im Interesse des Verkehrs mit den Tarifstufen herunterzugehen, fürchteten indessen, daß, wenn sie ihrerseits die Ermäßigung der Tarife herbeiführten, die Aufsichtsbehörde später eine Erhöhung derselben nicht genehmigen würde. Ich habe gerade im Interesse der Industrie und des Verkehrs als Grundlag ausgesprochen, daß ich innerhalb der festgesetzten Maximalhöhe eine gewisse freie Bewegung gestatten wolle. Darauf bezogen sich meine damaligen Ausführungen, und ich hatte die Ermächtigung, daß die von Seiten des Reiches zur Veranlassung der Tarifgrundzüge berufene Commission unter ihren formulirten Aufträgen denselben Satz aufgenommen hat. Ich wüßte nun nicht, wo mir irgend eine Handlung nachgewiesen werden könnte, die mit diesem Verhalten in Widerspruch steht. Der Herr Abg. Richter mag sehr wenig von mir halten, ich kann ihn nicht zu einer besseren Uebersetzung zwingen, ich wünsche aber, daß er nicht Aeußerungen citire, ohne auch die entgegengesetzte Seite zu zeigen, damit meine Persönlichkeit in dem richtigen Lichte erscheine. Bei dieser Gelegenheit wüßte der Abg. Richter der Regierung vor, daß sie unwirtschaftliche Bahnen gegründet habe; er versteht darunter wohl solche Bahnen, die ihr Anlagecapital nicht verzinsen, resp. keine Ueberschüsse in die Staatskassen liefern.

Es sind allerdings von mir diesem Hause Bahnanlagen vorgeschlagen worden, wo wenigstens für eine nahe Zeit eine Rentabilität nicht vorausgesetzt werden kann. Nach der Ansicht der Regierung hat der Staat auch die Aufgabe zu erfüllen, Landcasen, welche nicht genug eigene Kraft besitzen, um sich selbst bezüglich des Verkehrswezens zu helfen, wenn das Bedürfnis vorliegt, zu Hilfe zu kommen. Der Vortheil des Staates aus den Eisenbahnen besteht nicht bloß nach der directen Rente, sondern auch nach den Vortheilen, welche dem Lande durch die Verstärkung der Steuerkraft, durch Vermehrung des Verkehrs, Hebung der Industrie u. s. w. erwachsen. (Sehr richtig!) Um so auffälliger muß in dem Munde des Abg. Richter der Vorwurf erscheinen, daß lange nicht genug für die Belebung des Localverkehrs geschehen sei. Die wesentlichste Bedeutung mancher der von uns vorgeschlagenen Bahnen liegt in diesem Localverkehr. Wir sind auch der Aufforderung des Herrn Abg. Richter, unseren Einfluß zu Gunsten der Provinz Preußen zu verwenden, gefolgt, wir haben dort Bahnanlagen vorgeschlagen. Sollte das hohe Haus meinen, daß z. B. die Bahn Ludersburg, oder die Brücke bei Graudenz, oder die Bahn Posen-Neugard u. s. w. unwirtschaftliche Bahnen seien, so ist die Lage dieser Bahnen noch der Art, um Ihre Beschlässe rückgängig machen zu können. Es ist abzuwarten, ob etwa der Herr Abg. Richter mit seinen Parteifreunden aus Preußen diesbezügliche Anträge stellt. (Heiterkeit.) Es sind das wesentlich locale Bahnen, die nach den Erfahrungen anderer Länder, wenn sie nicht gerade durch industrielle Gegenben gehen, nicht oder nur gering rentiren. Der Abgeordnete Richter warnt ferner das Haus gewissermaßen, sich nicht auf das Gebiet der Phantasie

zu begeben. Er sagt: „Die Regierung stellt alle möglichen günstigen Erfolge in Aussicht, wenn erst das Reichseisenbahnwesen begründet sein wird. Neben billigen Tarifen würden sich die Bahnen angemessen verzinsen.“ Hat die Regierung derartiges aber in Aussicht gestellt? Hat sie gesagt, daß alle Schäden mit einem Male beseitigt werden können? Es ist dies keineswegs geschehen und ich muß vor einer derartigen Auffassung warnen. Wir glauben, daß durch eine einheitliche Leitung große Verbesserungen im Eisenbahnwesen eintreten werden, Erleichterung des Verkehrs und Ersparnis von Kosten; aber wir sind nicht der Meinung, Phantasiegebilde, wie sie etwa die Presse in Aussicht stellt, zu erfüllen.

Wenn der Abg. Richter nebenbei auf die von mir angeordnete Herabsetzung der Gültigkeit von Retourbilletts auf zwei Tage hingewiesen hat, so möchte ich ihn daran erinnern, daß von der Köln-Mindener Bahn vom 1sten October 1875 ab die Gültigkeit der Retourbilletts von drei auf zwei Tage herabgesetzt ist, daß die Berlin-Anhalter, Berlin-Stettiner, Berlin-Magdeburger, Berlin-Leipziger, Berlin-Halberstädter, Berlin-Hamburger Bahn im vorigen Jahre dasselbe gethan haben, und daß in der Conferenz des Tarifverbandes in Braunschweig beschlossen wurde, die Gültigkeitsdauer der Retourbilletts überhaupt auf den Tag der Ausgabe zu beschränken. Und wenn Sie nun hören, daß ich den Mittelweg eingeschlagen und die Dauer auf zwei Tage zugelassen habe, so werden Sie jedenfalls eine bessere Meinung von mir bekommen. Man brauchte mir gegenüber auch nicht die Bedeutung der Privatbahnen zu verhehlen. Wir wissen sehr wohl, was sie in der Vergangenheit geleistet haben, wohl aber wiederholen wir hier, es ist absolut nothwendig, das Staatseisenbahnwesen zu consolidiren. Wenn ich den Abgeordneten Richter recht verstehe, so will er keine Consolidation der Staatseisenbahnen, keine Verneuerung des Staatseisenbahnwesens und keine unmittelbare Aufsicht des Reiches über die Bahnen. Wenn man aber eine derartige Auflösung theilt, so kann man nur den Rath geben, die Staatsbahnen zu verkaufen. Zu diesem Ziele muß man kommen. Die Regierung will aber mit dieser Vorlage nur die Verfassung des Reiches zur Wahrheit machen (Hört! Hört!). Der Abg. Richter meint, daß man auch durch andere Mittel zu diesem Resultat kommen kann und verweist auf ein Reichseisenbahngesetz. Bekannt ist, daß zwei Versuche gemacht, der eine unter dem Präsidenten von Saxe, der andere unter dem Präsidenten Maybach. Die beiden Entwürfe unterscheiden sich darin, daß der erste nur ein mittelbares Aufsichtsrecht des Reiches über die Eisenbahnen anerkennt und daß in erster Linie das Aufsichtsrecht durch die Einzelstaaten und erst in zweiter Linie durch das Reich ausgeübt werden müsse; während der zweite Entwurf direct und entschieden den Grundlag der unmittelbaren Aufsicht des Reiches zur Anwendung bringt. Ich selbst kann mich den verschiedenartigen und reichen Erfahrungen, die ich auf diesem Gebiete gemacht habe, nur mit aller Entschiedenheit aussprechen, daß ein Nebeneinanderwirken der Behörden der einzelnen Staaten und Reichsbehörden in Bezug auf das Aufsichtsrecht auf die Dauer eine positive Unmöglichkeit sei. Es lassen sich bei diesem Nebeneinanderwirken nun und nimmermehr glückliche Zustände herbeiführen. (Sehr wahr!)

Gerade dieser Zustand wird, ohne daß die betreffenden Personen es vielleicht wollen, zu einer Quelle fortwährender Reibereien, ganz abgesehen davon, daß auf einem Gebiete, wo doch vorzugsweise die Schnelligkeit herrschen soll, durch die Verschlepperei und Complicirtheit der Behörden alle Geschäfte in einer Weise verlangsamt und verzögert werden müssen, die selbst auf einem Gebiete, wo Promptheit und Kürze der Zeit weniger dringend nöthig sind, nicht geduldet werden kann. (Sehr wahr! Zustimmung.) Ich muß daher als preussischer Handelsminister nochmals positiv aussprechen, daß ein derartiger Weg, wo ein gleichzeitiges Nebeneinanderwirken der Einzelstaaten und der Reichsbehörden stattfindet, von uns nicht bestritten werden kann. Daß unsere Vorschläge, wie sie in dem zweiten Entwurf niedergelegt waren, auf Widerstand stießen würden, war ja natürlich und voraussehbar, und vom Standpunkte der Einzelstaaten läßt sich dieser Einpruch, wie er thatsächlich gegen den zweiten Entwurf erhoben wurde, leicht verstehen. Wenn beispielsweise eines der Mitglieder jener Conferenz auspricht: „Jede Erweiterung des Aufsichtsrechts des Reiches greift in das Vetoerungsrecht der Landesregierungen ein. Es handelt sich aber bei Uebersetzung des Aufsichtsrechts auf das Reich in solchen Bundesstaaten, die überwiegend Staatsbahnen haben, zugleich um die Uebersetzung solcher Befugnisse, welche die Regierung mit den Ständen theilt; das künftige Aufsichtsrecht und Steuerbewilligungsrecht wird erheblich beeinträchtigt, wenn die allgemeine Aufsicht über die Eisenbahnen auf das Reich übertragen wird.“ — so sind diese Bedenken vom Standpunkte der Einzelstaaten wohl erklärlich. Es ist behauptet worden, die preussische Regierung habe anderen Staaten in dieser Vorlage bezüglich ihres Verhaltens Vorwürfe gemacht. Dies ist unrichtig. Die preussische Regierung versteht diesen Standpunkt und weiß ihn zu würdigen. Andererseits aber ist es eine Forderung des deutschen Volkes, daß das deutsche Eisenbahnwesen auf den neueren Grundlagen im Interesse des Verkehrs regulirt wird, und daß die Bestimmungen der Reichsverfassung verwirklicht werden. (Lebhafter Beifall, links.)

Wenn man aber dem Reichstage einen Entwurf unterbreiten würde, wonach das Reich lediglich auf eine Controlirung der bestehenden Verhältnisse in Deutschland beschränkt würde, so wird ein solcher Entwurf die Billigung des Reichstags nicht finden; es würden vielmehr die beständigen Angriffe gegen die Reichsregierung gerichtet werden, weil sie ihre Pflicht dem Lande gegenüber nicht erfüllt. Das deutsche Volk verlangt, wenn ein Gesetz über die Verfassung des Eisenbahnwesens erlassen wird, daß dann die Reichsaufsicht in unmittelbarer Weise sich gestaltet. Steht nun dieser Anspruch des deutschen Volkes im Widerspruch mit den Einwendungen der Bundesregierungen, so muß eine Lösung versucht werden, durch welche man beiden Theilen gerecht wird. Im vordereinanderstehenden Sinne, unter der größten Berücksichtigung der Sonderinteressen der Bundesglieder ist die preussische Regierung mit dem gegenwärtigen Vorschlage vorgegangen. Wir überlassen unseren Bundesgenossen, ob sie uns auf diesem Wege zur Lösung der Sache ihrerseits ebenfalls folgen wollen. Kommen sie zu dieser Uebersetzung nicht, so wird Niemand ihre Entschlüsse zu beeinflussen versuchen. Wir haben nach reiflicher Ueberlegung geglaubt, Ihnen diesen Vorschlag machen zu sollen. Indem die preussische Regierung diesen Vorschlag dem hohen Hause unterbreitet, handelt es sich einmal darum, die Forderung der Verfassung zu erfüllen, andererseits eine Lösung der Frage herbeizuführen, ohne dabei berechnete Interessen Anderer zu schädigen. Der Abg. Richter sagt, daß gerade durch diesen Vorschlag wieder herbeigeführt werde, was man beispielsweise durch die Errichtung des Reichseisenbahnamtes habe beseitigen wollen, daß wenn die Uebernahme dieser Verwaltung die Kenntniss der Verhältnisse bei den Reichsbehörden auf der einen Seite vermehre, auf der anderen Seite mit der besseren Kenntniss die Unschuld verloren gebe. (Heiterkeit.) Ich meine mit dem Abg. Richter zunächst, daß der Reichstag diese Frage zu erwägen und daß er seinerseits die erforderlichen Entschlüsse zu treffen haben wird. Andererseits muß ich aber sagen, daß diejenigen, die damals einen lebhaften Antheil an der Schaffung des Reichseisenbahnamtes genommen haben, beispielsweise der Abg. Lasker, keineswegs einen Widerspruch darin finden werden, wenn die Reichsregierungen sich im Besitz der Eisenbahnen befinden. Wenn die Behauptungen des Abg. Richter richtig sind, so gehört zu einer schöpferischen Thätigkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens die Verwaltung von Bahnen. Weil wir keine Scheinaufsicht, sondern eine wirkliche Thätigkeit der Reichsbehörde wollen, schlagen wir diesen Weg ein.

Wenn der Abg. Richter ferner gegen unsere Vorlage vorbringt, daß die localen Interessen durch dieselbe gefährdet werden, so ist dies nicht richtig, da ja bei Annahme des Entwurfs die einzelnen Staaten immer noch die Befugnis haben, locale Bahnen zu bauen und solche sogar an Dritte zu concessioniren. Was außerdem die erwähnten Differenzialtarife anbelangt, so werden wir dieselben, da wo wir lokale Interessen im Lande durch dieselben zu pflegen sind, nicht beseitigen können; aber es läßt sich auch nicht verkennen, daß eine einheitliche Leitung durch das Reich derartige Tarife wird beseitigen müssen, wo sie die Interessen des Landes schädigen. Sowohl die Reichsbehörde, wie die preussische Landesbehörde hat diesem Gegenstand ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet. Preußen ist aber um so mehr in der Lage, dem Reich ein derartiges Anerbieten bezüglich seiner Bahnen zu machen, als dieser Staat sich in der Nothwendigkeit befindet, wie die be-

schlossenen Vorlagen des vorigen Jahres beweisen, seinen Staatsbeiz zu consolidiren. — Dies Moment führt mich auch auf einen zweiten Punkt, der in der Vorlage kurz berührt ist, und den ich hier erwähnen will. Es ist dies die Consolidirung unseres Staatseisenbahnwesens. Der Abg. Richter hat gegen die Vorlage angeführt, daß sie das ausschließliche Staatseisenbahnwesen als Princip aufstelle; das steht aber in der Vorlage nicht. Wir haben zwar das Bedürfnis, unser Staatseisenbahnwesen auszuweiten und zu consolidiren, keineswegs aber alle Privatbahnen für den Staat oder das Reich zu erwerben. Die Lösung dieser Frage überlassen wir der künftigen Gesetzgebung und den kommenden Generationen. Nun wird die Ansicht der Regierung als eine solche hingestellt, welche mit allen guten wirtschaftlichen Traditionen breche. Ich könnte vieles für das Gegentheil aus unserer um das Eisenbahnwesen verdienstvollen Vergangenheit anführen, beschränke mich aber auf die Erwähnung dessen, was in dieser Beziehung auf dem vereinigten Landtage des Jahres 1847 verhandelt wurde. Damals haben sich dem früheren Finanzminister von Bodelschwingh gegenüber in Rücksicht auf die bekannten Verhandlungen des Jahres 1842 über die Gestaltung unseres Eisenbahnwesens, wobei durch die Uebernahme von Zinsgarantien und durch quotenweise Beibehaltung seitens des Staates an den Bahnen die Amortisation des Actien-capitalis, also ein ähnliches Ziel, wie unser jetziges, erstrebt wurde, Männer wie die Abg. Sanjermann, v. d. Seydt und sogar Parteigenossen des Abg. Richter, wie der hochberechtigte Hartort, für die Nothwendigkeit der Ausdehnung des Staatseisenbahnwesens ausgesprochen.

Wit seiner Ironie wird derselbe Gedanke dargelegt in einer Broschüre aus dem Jahre 1835, welche sicherlich ausgegangen ist von einem Manne, der im Lande hochgeachtet daselbst und demselben vielfach genützt hat. (Rufe: Wer ist der Verfasser?) Ich vermute, daß es der spätere Finanzminister Camphausen war. (Heiterkeit.) Ich bringe jetzt Belege aus der neueren Zeit. In der Eisenbahn-Tarifreform-Enquete-Commission, wo verschiedene Separatvota abgegeben wurden, erklärten die Herren v. Wedell und Stumm, die Verkehrsinteressen erscheinen immer gebietender, daß gleichzeitig mit dem einheitlichen Tariffsysteme eine gemeinschaftliche Grundlage für die Höhe der Tarife zur Einführung gelange, daß überhaupt die deutschen Eisenbahnen, dem Charakter der öffentlichen Transportanstalt entsprechend, auf allen Gebieten nach gleichen Normen und als einheitliches Netz verwaltet werden. Bei dem heutigen Bestande der deutschen Bahnen läge sich diese Forderung nicht durchführen, ohne berechnete Privatinteressen erheblich zu schädigen; es erhebe sich deshalb als zwingendes Bedürfnis der Verkehrs- und allgemeinen Wirtschaftsinteressen, daß die Herstellung eines einheitlichen Netzes für Deutschland sich erstreckenden Reichseisenbahn-Netz herbeiführen werde.“ — In gleicher Weise erklärten die Herren Delbrück und Bergmann, „daß die Durchführung eines ganz Deutschland umfassenden einheitlichen Tariffsystems notwendig die Herstellung eines einheitlichen über ganz Deutschland sich erstreckenden Reichseisenbahn-Netzes im Gefolge haben müsse, sei es, daß dieses durch Ankauf der Bahnen, sei es, daß es durch andere Combinationen herbeigeführt werde, wenn nicht stets wieder neue, den Verkehr tief schädigende Wirrnisse entstehen, oder durch an sich unbedeutende Uebergänge in wohlverworbene Rechte schwere Verluste für Einzelne und für den Nationalwohlstand eintreten sollen.“ Ich will ferner nur anführen, daß der Bericht der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission am Schlusse ausspricht, daß es die Aufgabe des Staates sei, das Eisenbahnwesen in die eigene Hand zu nehmen und daß der Staat dieses Ziel mit aller Energie zu verfolgen habe. Der Abg. Richter hat allerdings die Staatseisenbahnen gleichsam als die Quelle alles Uebels bezeichnet; ich überbreite vielleicht etwas. (Abg. Richter: Sehr!)

Nun, daß die Uebertreibung doch nicht so sehr weit gehe, beweist die Behauptung des Abg. Richter, daß die Vertheilungen wegen einer Tarifreform an dem Widerstande der Staatsbahnen gescheitert seien. Es ist das keineswegs der Fall. Sie sind gescheitert an dem Widerstande des Bundesrathes, weil auf Grund der Beschlüsse der Delegatenconferenz der Privatbahnen ein befriedigendes Resultat nicht zu erreichen war. Ich resumire mich zum Schlusse dahin: Wir beschließen 1) eine Lösung der bestehenden unhaltbaren Verhältnisse auf diesem Gebiete im Sinne der Reichsverfassung unter Schonung der bestehenden anderweitigen Interessen, insbesondere auch unserer Bundesgenossen, und 2) eine derartige Ausdehnung des Staatseisenbahnwesens, daß dadurch die öffentlichen Interessen nach allen Seiten hin gewahrt werden. Nehmen Sie die Vorschläge der Regierung an, so werden Sie Ihr Votum im Sinne der Reichsverfassung abgegeben haben (Beifall).

Abg. Berger: Wenn man den Minister Adenbach hört, so könnte Jeder zur Ansicht kommen, als wenn die Gegner der Vorlage ausnahmslos Anhänger der Privatbahnen seien, und wenn ich noch die Erklärungen der officiellen Presse hinzunehme, so werde ich lebhaft an einen Vorgang erinnert, den ich vor mehr als einem Decennium von der Tribüne des Hauses als Zustandauer mitanah, als zur Zeit der neuen Acta der betreffenden Minister seine Rede mit den Worten schloß: „Wer seinen König und sein Vaterland liebt, der wird für die Vorlage stimmen“, worauf der nächste Redner, der Abg. v. Bismarck, ein Freund des jetzigen Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck, seine Ermüdung folgendermaßen begann: „Ich liebe meinen König und mein Vaterland und werde gegen die Vorlage stimmen.“ Ebenso wurde ich von der officiellen Presse ausgesprochen, wer ein Freund der Eisenbahnen und ein reichsreuer Bürger sei, müsse für die Vorlage stimmen, und ich erkläre dem gegenüber, als ein eifriger Freund der Eisenbahnen, als ein Mann, der dem Fürsten Bismarck dankbar ist dafür, daß er in der Einigung Deutschlands die Ideen zur Erfüllung gebracht hat, die meine Partei stets vertreten: ich werde gegen die Vorlage stimmen. Wenn ich mir nun dieselbe ansehe, so muß ich mir sagen, daß heutzutage derartige Projecte nicht fertig entspringen, wie 1842 aus dem Kopfe des Zeus. Von wem ist denn nun eigentlich der Gedanke dazu ausgegangen?

Im Jahre 1867 bei Aufstellung der Norddeutschen Bundes-Verfassung wäre dazu doch eine so günstige Gelegenheit gewesen, und Niemand ist damals auf diesen Gedanken gekommen; 1871 war eine neue passende Gelegenheit da und man hat den Gedanken dennoch mit keiner Silbe berührt; weiterhin, als die große Corruption im Eisenbahnwesen eingetreten war und der Abg. Lasker sich das große Verdienst erwarb, dieselbe aufzudecken, hat er kein Wort von jener Idee gesprochen; es wurde dann die Untersuchungs-Commission eingesetzt, und Sie finden in dem voluminösen Bericht derselben nirgends, daß der Staat Eigentümmer und General-Entrepreneur aller Eisenbahnen werden möchte, man kam wohl auf die Erörterung einer Beilegung der unerträglichen Thatsache, daß der Staat gleichzeitig Eigentümer von Bahnen ist und die Oberaufsicht über die Privatbahnen hat, aber von Kauf und Verkauf der Eisenbahnen, wie es jetzt projectirt worden, ist nirgends die Rede gewesen; ebensovienig, als im Jahre 1873 das Reichseisenbahnamt eingerichtet wurde; auch 1875 bei der großen Tarifdiscussio verfiel man nicht auf diesen Gedanken, sondern es wurde die vorher erwähnte Tarif-Enquete-Commission unter dem Vorhitz des Herrn v. Wedell-Malschow eingesetzt. Nun hat allerdings der Minister Adenbach vorhin eine Stelle vorgelesen, in der von dem Herrn v. Wedell jenem Gedanken Ausdruck gegeben wird, aber ich glaube bei aller Hochachtung, die ich vor meinem verehrten Gönner v. Wedell habe, nicht, daß er der eigentliche Vater des Gedankens ist; ich glaube, daß er, indem er den Gedanken ausspricht, mehr empfangender, weiblicher Natur gewesen ist (Heiterkeit), und es war mir die Bemerkung des Collegen Richter gestern sehr interessant, daß ein Herrenhausmitglied der Vater gewesen ist. Ich will nun dessen Verdienste in keiner Weise schwächen, aber ich glaube, daß einer meiner Wähler, ein unverdorbener westfälischer Landmann, in Bezug auf die Vaterschaft des Gedankens viel näher gekommen ist, wie Graf Stolberg, indem er sagte: ich glaube, der Herr Präsident des Reichseisenbahnamtes hat seinen Entwurf des Reichseisenbahngesetzes nicht so zur Annahme bringen können, als er gern wollte, und da hat er sich hinter den Reichskanzler gestellt, und da derselbe augenblicklich keine große Frage in der Hand hat — die Clericalen sind ja auf dem Rückzuge — (Heiterkeit), so hat er mit Begierde das aufgegriffen, und so ist die Vorlage entstanden. Ich habe diese Mittheilungen entgegennehmen müssen und bin schließlich bei dem lateinischen Worte stehen geblieben: mater certa, pater semper incertus est. (Heiterkeit.)

Ich habe übrigens bei meiner Reise nach Westfalen dort ebensovienig wie hier die große Bewegung gefunden, welche nach der officiellen Presse diese Frage hervorgerufen haben soll, sondern man ist dort im Allgemeinen An-

bänger des gemischten Systems, das uns so viele Bahnen verschafft hat. Bei dem Studium der Vorlage fiel mir formell sofort auf, daß sie meiner 11-jährigen parlamentarischen Praxis kein Gesetz von dieser Wichtigkeit in einem so einfachen Kleide uns vorgelegt worden, wie dieses; das Begleit-schreiben, die Allerhöchste Ermächtigung und der Entwurf selbst tragen von ministerieller Seite nur die Unterschrift Dr. Achenbach — Achenbach vorn, Achenbach hinten und Niemand dahinter (Hinterkeit); nach dem bisherigen Ufss hätten doch mindestens die beiden interessirten Minister und der Minister-Präsident unterzeichnen müssen. Was den Minister anbetrifft, der die Verantwortlichkeit allein übernommen hat, so konnte ich bei dessen Antecedentien dies sehr wohl begreifen; doch wenn mein College Richter daraus seine Privatmeinung zieht, daß er den Ausführungen des Herrn Ministers keine hohe Bedeutung beilege, so habe ich zu viele Achtung vor diesem, um ihnen keine Bedeutung beizulegen, besonders da die Erklärungen desselben, in denen er sich als entschiedener Anhänger des gemischten Systems hinstellt, in dem solemnen Momente seiner Vorstellung im Abgeordnetenhaus am 15. März 1873 abgegeben wurden. Der Herr Minister hat allerdings heute wiederum, wenn auch mit bedeutender Reserve, eine ähnliche Erklärung abgegeben, aber ich glaube, daß dies, ebenso wie vom Reichskanzler, nur Taktik war, wenn man sich gegen den Gedanken sträubte, als ob nicht bloß die Staats-, sondern auch die Privatbahnen an das Reich übergehen sollten. Herr College Lasker hat gestern gesagt, wir möchten das Gesellschaftsrecht nicht weiter ausdehnen, sondern uns an die Vorlage halten. Wenn wir ihm diesen Gesallen thäten, so würde dies äußerst annehmbar für ihn sein, und wir würden auf den Kern, die Unification aller Bahnen mit dem Reich, gar nicht kommen. Er erinnert mich da unwillkürlich an einen jungen Mann, der den Vater seiner Geliebten um die Einwilligung zur Verlobung bittet und als der Vater fragt: „Ja, wie ist es denn mit der Verheirathung und auf welche Weise willst Du die aus dieser Ehe herabgehenden Kinder erhalten?“ demselben dann antwortet: „Um diese Frage handelt es sich vorläufig noch nicht; geben Sie nur Ihre Zustimmung zur Verlobung.“ (Sehr gut! Große Heiterkeit.)

Man hat jetzt die Vorzüge der Staatsbahnen bis in den Himmel, ohne die Privatbahnen irgend zu erwähnen. Ich bin gewiß ein Anhänger der Staatsbahnen, aber wenn man Alles vergessen will, was die Privatbahnen für das Land geleistet haben, dann zwingt mich mein Gerechtigkeitsgefühl, Zeugniß für sie abzulegen. Wie wäre es dem capitalarmen Deutschland möglich gewesen, so viel Bahnen zu bauen, wenn nicht das Privatcapital eingetreten wäre? Der preussische Staat hat ziffermäßig gar nichts für die Privatbahnen geleistet, sondern eine reichliche Einnahmequelle aus denselben gehabt. In den letzten 30 Jahren sind dem Staate aus den Zinsgarantien und dem Antheil am Capital große Einnahmen erwachsen. Frankreich steht bei seinem System jährlich enorme Summen aus Staatsmitteln zu und Belgien hat sich genöthigt, vom reinen Staatsbahnsystem zum gemischten überzugehen. Mehrfach stellt sich das Verhältnis in Holland und der Schweiz. Ich gebe in einzelnen Fällen den Motiven Recht, welche die Concurrenz-Bahnen eine Vertheilung des Capitals nennen. Das Gesetz vom Jahre 1838 verbietet Concurrenzbahnen im Interesse der Privatbahnen was leicht damals seine Berechtigung hatte. Der Artikel 41 der Reichsverfassung des Jahres 1867 hob dieses Verbot auf. In Folge dessen entstanden Concurrenzbahnen, die besser unterblieben wären. Eine solche Capitalvergehung kommt auch auf anderen Gebieten vor und sie wäre wohl unterblieben, wenn die Regierung, dem Wunsche des Hauses gemäß, einen Eisenbahnbauplan entworfen, dem Hause zur Genehmigung vorgelegt und die Concession-nachfolger auf denselben verwiesen hätte. Das hätte, obwohl es sehr schwierig ist, viel genützt. Die Motive sind des Lobes für die Staatsbahnen voll und nach den Ausführungen des Handelsministers sollte man glauben, daß, wenn wir nur Staatsbahnen hätten, das tausendjährige Reich der Glückseligkeit für die Bahnen sei gekommen. Solche Phantasien werden durch die nüchterne Wirklichkeit zerstückt, und unsere preussischen Staatsbahnen, die nicht bewundernswürdig sind, übertrifft noch die bayerischen, wo es doch nur Staatsbahnen giebt. In Rheinland und Westfalen wird Ihnen aber jeder Mensch die Köln-Mindener Bahn, welche eine Privatbahn ist, als die bestverwaltete nennen.

In diesem Sinne hat sich der Handelsminister bereits wiederholentlich ausgesprochen. Ich könnte Ihnen viele Beispiele von dem energischen Vorgehen der Privatbahnen und dem schlaffen dieser Staatsbahnen geben. Vor mehreren Jahren war, wie Sie wissen, die günstige Conjunction für die Eisenindustrie und Jeder suchte damals die hohen Preise zu benutzen, um Eisen zu verkaufen. Was soll man nun dazu sagen, wenn vor mehreren Monaten eine Annonce einer künftigen Eisenbahnerhaltung erschien, worin wurde ein Quantum alten Eisens in der enormen Höhe von 12,644,000 Pfund offerirt, eine Menge, die seit mehreren Jahren liegen geblieben war einfach aus dem Grunde, weil Niemand in der Direction hieran gedacht hatte, und der Bahn ist aus der Nachbarschaft jener Conjunction ein Schaden von 100,000 Thalern erwachsen, und das ist doch bei dem jetzigen Stande der Dividenden kein geringer Gegenstand. Die Verwaltung stellt sich bei den Privatbahnen um 10 Procent niedriger, als bei den Staatsbahnen; Herr Ministerialdirector Weisbach suchte allerdings neulich das Gegenteil darzulegen, indem er sagte, daß sowohl Staats- wie Privatbahnen nur mit Wasser kochten; das ist allerdings richtig, aber nur mit dem einen Unterschiede, daß die Privatbahnen weniger Kochen dazu gebrauchen. (Heiterkeit.) Nun glaubt man, daß mit der Centralisation die Kosten sich vermindern würden. Dies ist allerdings in Bezug auf die Details der Fall, aber andererseits wird das leitende Personal bedeutend erhöht. Ganz ähnlich verhält es sich auf anderen industriellen Gebieten, z. B. in der Eisenindustrie, und ich kann Ihnen hier ein eclatantes Beispiel anführen. In Westfalen suchte man drei local völlig getrennte Eisenwerke einseitig zu verbinden. Man ging von dem Grundsatze aus: Je größer die Capitalien, je bedeutendere Leistungen. Man schuf daher die Dortmund Union, indem man drei räumlich auseinander liegende und für sich allein hinlänglich große Werke combinirte und so ein Ungeheuer von Unternehmen herstellte. Sie kennen Alle das Resultat dieser über die Gebühr hinausgehenden Centralisation. Dieselbe Erfahrung werden Sie auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens machen. Daß das Maß dessen, was von einem Punkte verwaltert werden kann, wie der Abg. Richter sagte, nicht 1500 Kilometer überschreiten dürfte, das sehen Sie an der Einigung der Eisenbahn-Vertriebscommissionen bei unseren Staatsbahnen selbst.

Außerdem müssen wir zugeben, daß auf technischem Gebiete bei den Privatbahnen viel weiter gehende Fortschritte gemacht sind, als wie bei den Staatsbahnen. Wenn verstanden wir denn den großen Fortschritt des Cempniz-tariffs? Der Abg. Hammacher, von dem die Initiative ausging, hat viel mehr Unterstützung für seine Zwecke bei den Privatbahnen als bei den Staatsbahnen gefunden. Ich muß ferner erwähnen, was der Abg. Richter auch berührte, daß, je mehr der Staat Industrie treibt, in dem Beamtenkörper, auch wenn er sonst noch so gut verwaltet ist, für Corruption Gelegenheiten findet. (Sehr wahr!) Ein entschiedener Anhänger der Regierungsvorlage im Reichstage fragte mich, ob ich ihm nicht ein Universalgesetz für die Eisenbahnen, wie es Stephan für die Post ist, vorschlagen könne, und zu meinem Bedauern mußte ich es verneinen, da die Centralisation zu groß ist und über die Kräfte des Einzelnen hinausgeht. Wenn das wahr ist, dann werden wir später eine gleiche Verwaltung haben, wie jetzt, oben Gerichtsbehörden, die für das Amt nicht vorbereitet sind und das technische Element zurückdrängen, und unten civilverwaltungsberechtigte Unterofficiere. (Heiterkeit.) Mit einem solchen Personal können Sie eine große Staats-Industrie nicht leiten. Ich komme jetzt zu der Tariffrage; denn man hat höhere Frachten in Aussicht gestellt, wenn nicht alle Eisenbahnen Eigentum des Reiches würden. Dennoch ist es nicht gelungen, die Interessenten zu einer Agitation für die Vorlage zu bewegen. Der Abg. Richter hat bereits gestern nachgewiesen, daß es nicht die Privatbahnen waren, von denen die Tarifserhöhung ausgegangen ist. Bayern ging 1873 mit seinen Staatsbahnen darin voran, Württemberg und Preußen folgten. Eine einheitliche Tarifserhöhung ist nicht möglich, wenn die Staatsbedürfnisse für dieselbe maßgebend sind. Ist doch auch unser Eisenbahnfonds zur Amortisation des Privatcapitaliums von den Kosten der Militärreorganisation aufgezehrt worden. Ähnliche Erfahrungen haben wir im Jahre 1865 mit der Amortisationsbeseitigung der Köln-Mindener Bahn und im Jahre 1866 mit dem Verkauf der Westfälischen Staatsbahn gemacht. Das Extraordinarium für die Eisenbahnen ist in diesem Jahre bei uns zehnmal geringer als 1875, weil nach der Ansicht des Handelsministers die Eisenbahnen sich nach den allgemeinen Bedürfnissen des Staates zu richten haben. Genau so wird es bei den Reichseisenbahnen sein und bei der Vertheilung des Reichskanzlers für indirekte Steuern, wird er in den Eisenbahntarifen eine geeignete Schraube haben. (Sehr richtig!)

Die Kleinststaaten sind gegen das Project; wird dasselbe aber im Reichstage angenommen, so werden die Mittelstaaten möglichst hohe Beträge aus ihren Bahnen zu ziehen suchen, um die ihnen verfallenden Materialbeiträge zu vermindern. Auf die Höhe des Anlaufcapitals will ich nicht weiter eingehen; ich kann nur das sagen, daß von einer landesüblichen Verzinsung keine Rede sein kann. Von einigen Seiten wird die Aufhebung der Differentialtarife erwartet; davon kann aber keine Rede sein, und ich freue mich, daß die Anhänger der Regierungsvorlage diese Illusion selbst zerstreut haben. Keiner der Vorredner hat aber über den Tenor der Regierungsvorlage selbst gesprochen, ich will daher darüber noch Einiges sagen. Der erste Satz lautet:

„Die Staatsregierung ist ermächtigt mit den Deutschen Reichs-Verträge abzuschließen, durch welche, und nun folgen die Positionen 1 bis 5. Wollen Sie nun aber diese förmliche Vollmacht ad infinitum erteilen, oder dieselbe auf eine gewisse Zeitdauer einschränken. Es kann doch nicht Ihre Absicht sein, daß, wenn der nächste Reichstag die Vorlage etwa ablehnt, das Gesetz immer fortdauere. Wenn es ferner heißt: „es sollen gegen angemessene Entschädigung die preussischen Staatsbahnen auf das Reich übergehen,“ so ist das ein sehr relativer elastischer Ausdruck.

Berechtigt man darunter den Satz für die Vantosten, die doch bei unseren Eisenbahnen noch ganz und gar nicht festgestellt sind? Oder beruht die „angemessene Entschädigung“ darin, daß der jetzige Werth der im Betrieb befindlichen Bahnen bezahlt wird, oder wollen Sie eine Capitalisirung des Extra-preis aus den letzten 5 oder 6 Jahren vornehmen? Der angemessene Kaufpreis, den der preussische Particularstaat erhalten soll, muß doch natürlich consensu beider Theile limitirt werden; aber auf Seiten des Reiches spielt dabei ein Factor mit, der sich in Ansehung der Eisenbahnen seine Reclamat-rechte vorbehalten hat. Das ist Bayern. Und was die neuen Bahnen be-trifft, die wir in den letzten vier Jahren in so reicher Fülle und mit so großem Capital bewilligt haben, soll das Reich diese Bahnen incl. Posen, Hinterpommern und Hannover-Harburg auszuführen verpflichtet sein, oder soll es nach seinem Gutdünken hierbei verfahren können? Wenn es ferner in den Motiven heißt, daß in Bezug auf die neuen Eisenbahnbauten die Einzelstaaten oder Provinzen nicht bebindert werden sollen, so würde das allerdings auch zu schlimm sein. Wo soll man aber nach Entziehung des Hauptfactores das Geld zu neuen Eisenbahnbauten herbekommen? In den letzten 5 Jahren beruht unsere ganze Eisenbahnpolitik darin, daß die gut rentirenden Bahnen die schlecht rentirenden und neu anzulegenden in den ersten Jahren mit durchziehen müssen. Wenn nun aber der preussische Staat die gut rentirenden Bahnen an das Reich übertragen soll, dann werden ihm die Fonds zu neuen Bahnbauten entzogen. Geht diese Vorlage durch, dann können Sie, und namentlich in den östlichen Provinzen — ich mache Sie darauf aufmerksam — dann können Sie für lange Jahre mit dem Eisenbahnbau in jeder Beziehung abschneiden (Zustimmung), denn daß Sie in Kreisen und Provinzen die Fonds für so kostspielige Bauten aufbringen, muß ich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse bezweifeln.

Die Debatte hatte auf mich den Eindruck gemacht, als ob die Gegner der Vorlage dargestellt werden als radicale Anhänger der Privatbahnen, die der Ausführung der Artikel 41 bis 47 der Reichsverfassung stracks entgegen sind. Anders war der Schluß der getriggen Rede des Reichskanzlers gar nicht zu verstehen. Ich habe erklärt, daß mir die Ausführung dieser Artikel ebenso energisch, wie die Emanation eines Eisenbahngesetzes wollen, aber daß wir uns sträuben, die Reform auf dem hier vorgeschlagenen Wege vorzunehmen. Das ist die ganze Differenz. Steht denn in jenen Artikeln ein Wort von dem Anlauf eines so großen Eisenbahncomplexes durch das Reich? Diese Artikel sind bekanntlich — wie ich schon öfter im Reichstage nach-gewiesen — in so elastischen Ausdrücken abgefaßt, daß sie Gefasse sind, in die jeder hineinfallen kann, was ihm beliebt. Sie sind Verheißungs-Para-graphen, wie die Grundrechte in der preussischen Verfassung und haben, wie diese das Bedenkliche, hin und her gedreht werden zu können. Der Reichs-kanzler hat uns erklärt, und der Handelsminister hat dem heute nicht wider-sprochen, daß er sich über die Haltung Preußens gegenüber dem Reichs-Eisenbahn-Amte getäuscht habe. Der Grund dafür liegt auf der flachen Hand: weil der Handelsminister als Colleague des Reichskanzlers sich nicht einem Subalternen des letzteren unterwerfen kann. Die Mächte hängen also zusammen mit der mangelhaften Organisation des Reichs, hätten wir Reichs-Ministerien, so wäre die Unterordnung der Particularstaaten viel leichter. Die erste leise Andeutung des heutigen ungeheuren Weges erhielten wir im Reichstage in der Verantwortung der Interpellation des Barons v. Minnigerode über die Chancen eines Eisenbahngesetzes, als uns gesagt wurde, vielleicht müsse die Lösung der heißen Sache auf einem anderen Wege versucht werden. Warum ist denn das Reichseisenbahnamt nicht mit der Einsetzung von Eisenbahn-Commissarien vorgegangen? Hatte doch das Abgeordnetenhaus, als es den preussischen Entwurf über die Commissariate verwarf, ziemlich deutlich auf diesen Weg verwiesen. Warum werden uns denn die Directionen nicht namhaft gemacht, die einer gründlichen Reform des Eisenbahnwesens hartnäckig widerstreben? Dann wären wir eher in der Lage, Remedeur zu schaffen.

Ich schließe mit einer historischen Reminiscenz. Als im Herbst 1866 in der sogenannten Annexions-Commission der Reichskanzler über den bevorstehenden Friedensschluß mit Baiern interpellirt wurde, erklärte er, Preußen habe Baiern zu einer erheblichen Geldcontribution und zur Abtretung aller seiner Besitzungen nördlich des Rheins zwingen können, er hielte dies jedoch für falsch, denn man könne unter Umständen den Gegner vernichten — wie es mit Hannover, Hessen und Nassau geschehen — aber man müsse einen Frieden mit ihm schließen, der demselben die baldige Wiederberufung möglich mache. Auf dieser letzteren Basis sei der Friede mit Baiern dem Ab-schluß nahe. Dieser wahrhaft staatsmännische Standpunkt fand damals den vollen Beifall der Commission und das Jahr 1870 hat gezeigt, wie richtig er war. Ich habe an diesen Vorgang erinnert, weil ich glaube, daß eine so große Maßregel nur unter Zustimmung der großen Mehrheit der Bundesstaaten und des Reichstages erfolgen darf. Haben denn die süd-deutschen Regierungen den Allianz-Vertrag, den sie in der Form der deut-schen Reichsverfassung mit uns abgeschlossen, nicht ehrlich gehalten, so daß sie eine rücksichtslos vollstehende Verhandlung in Bezug auf die Civilgesetzgebung bean-spruchen können? Aber nicht allein die süddeutschen Regierungen, auch die treuesten Freunde des Reichs im Süden, der Abgeordnete Hilber an der Spitze, widerstreben der Vorlage. Sie bitten uns, die Schwierigkeit ihrer Lage zu berücksichtigen — und wie schwach sie dort situirt sind, das wissen die Herren im Centrum am besten, die ja nur auf die Erbchaft warten. (Heiterkeit.) Das einzige greifbare Resultat dieser Vorlage wird bei der Neu-wahl eine namhafte Verstärkung der Centrumpartei in Süddeutschland sein. Ich schließe, wie ich begonnen: als treuer Freund und Förderer des Eisenbahnwesens, als ein Mann, der entschieden die Nothwendigkeit von Eisenbahnreformen anerkennt, als Verehrer des Fürsten Bismarck und treuer Anhänger des Reichs stimme ich gegen die Vorlage. (Beifall bei der Fort-schrittspartei.)

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner begann seine Rede damit, damit er unter diesem Entwurf nur den Namen des Ministers Achenbach, nicht den meinen fand. Diese Bemerkung giebt mir Anlaß, Ihnen mitzu-theilen, daß der Staatsministerialbeschuß, durch den die Allerhöchste Ermäch-tigung zur Vorlage nachgesucht wurde, von sämtlichen Mitgliedern des preussischen Staatsministeriums einstimmig gefaßt worden ist, und daß, wenn also mein Name nicht unter der Vorlage steht, ich es hiermit ausgesprochen haben will, daß ich die Verantwortlichkeit dafür mit übernehme. Freilich, wenn die Vorlage nur den Sinn hätte, den der Vorredner hineingelegt hat, daß damit eine vollständige Verurtheilung des gemischten Systems im Eisenbahnwesen ausgesprochen wäre, daß wir alle Privatbahnen für alle Ewigkeit der Verbanntnis übergeben wollten, dann hätte der Beschluß einstimmig nicht gefaßt werden können; ich würde nicht zu denen gehört haben, die das befürwortet hätten (Hört!) und ich vermute, außer mir auch noch andere nicht. Wir haben aber diese Frage nicht zu erörtern gehabt, weil von keiner Seite die Unification sämtlicher Bahnen ohne alle Ausnahme in den Hän-den der Staatsgewalt befürwortet worden ist. Ich bin alt genug, um die Entwicklung des Eisenbahnwesens in Deutschland von ihren ersten Ur-sprüngen an verfolgen zu können. Bei der vorhin erwähnten Proklamirung, die vielleicht irriger Weise mir zugeschrieben worden ist, bin ich schon ein classischer Zeuge gewesen; zu jener Zeit habe ich schon die Frage des Eisenbahnwesens nach allen ihren Richtungen hin miterörtert. Deshalb hat es auch für mich nichts Befremdendes, wenn ich einen gewissen Wechsel in den Auffassungen über das Eisenbahnwesen sich vollziehen sehe. Dürfte ich hier prophezeien, so würde ich Ihnen sagen, daß der heutigen Stimmung auch wiederum eine andere folgen wird. (Sehr wahr!) Es giebt in diesen Dingen nichts absolut Wahres. (Sehr richtig!) Man kann nie-mals ausgesprochen: nur das eine System ist richtig, das andere taugt nichts und umgekehrt.

Wenn wir in Deutschland das Unglück gehabt hätten — ich würde es als Unglück betrachten —, daß sich die Staatsgewalt von vorn herein des Eisenbahnwesens bemächtigt hätte, meine Herren, wir würden heute nicht den dritten Theil der Eisenbahnen haben (Sehr wahr!) und es würde uns der Umstand, daß einzelne Eisenbahnen vielleicht ökonomischer verwaltet worden wären — ich sage vielleicht — nicht darüber trösten können, daß die Ent-wicklung des Landes so lange zurückgeblieben wäre. Ich bin weit entfernt, indem ich die vollen Vorzüge des Staatsbahnwesens anerkenne, auf der anderen Seite die Vorzüge, welche Privatbahnen sich erwerben können, einen Augenblick lang mißachten zu wollen. Sehen Sie sich nur im Lande um. Sie werden eine große Zahl von Privatbahnen finden, mit deren Verwal-tung man vielleicht wenig zufrieden ist, ich lasse das dahingestellt. — Sie werden aber andererseits Verwaltungen finden, wo sie vor der großen Zu-fälligkeit, welche die Privatleute der Sache zugewendet haben, allen Respekt empfinden müssen; und ich würde es bedauern, wenn solche Kräfte in Zu-funft dem Eisenbahnwesen gänzlich entgehen sollten. (Abg. Windthorst [Meppen]: Sehr richtig!) Nun, meine Herren, erkennen wir aber Eins an: Seit einer Reihe von Jahren gingen wir der Gefahr entgegen, daß die Ver-

breitung der Eisenbahnen im öffentlichen Verkehrsinteresse nicht mehr die ge-bührende Beachtung fand. Wenn Privatbahnen die Richtung einschlagen, daß sie bloß industrielle Zweckgesellschaften sind, dann, m. H., fort mit ihnen! Diese Richtung können wir für die Eisenbahnen nicht acceptiren. Für den Bau der Eisenbahnen steht ja der Staat seine Macht ein, indem er ihnen das Expropriationsrecht einräumt; für den Betrieb der Eisenbahnen muß ja der Staat vielfach seine Autorität eintreten lassen, und es darf nie und nimmer-mehr dergestalt werden, daß die Eisenbahnen zwar eine Rente abwerfen dürfen, daß sie aber vor Allem dazu bestimmt sind, öffentlichen Interessen zu dienen. (Sehr richtig.)

Dieser Satz müssen wir jetzt wiederum zur öffentlichen Erkenntnis bringen, und wie bereits vom Handelsminister ausgeführt wurde, ist die preussische Regierung schon seit mehreren Jahren auf dem Wege, dem Lande, so viel an ihr liegt, zu dieser Erkenntnis zu verhelfen. Die großen Eisenbahn-anleihen, die in den letzten 3 bis 4 Jahren gemacht worden sind, dienen recht eigentlich diesen Zwecken. Nun fragt man sich: ist es absolut notwen-dig, daß die Eisenbahnen, soweit sie dem Staate gehören, von den Parti-cularstaaten an das Reich übergehen. Es mag ja nicht absolut bestritten werden können, daß nach den Schwierigkeiten, die jetzt das Staatsbahn-wesen herbortreibt, sich möglicherweise auch nicht geringe Schwierigkeiten ein-stellen werden, wenn die Sache zur Angelegenheit des Reiches gemacht wird. Das läßt sich ja zugeben. Aber läßt sich denn andererseits diese Macht der Gründe bestritten, die gestern der Ministerialpräsident, heute der Handels-minister dafür angführt hat, daß es im hohen Grade für die Förderung der allgemeinen Zwecke des Eisenbahnwesens wünschenswert sei, die Lösung der ganzen Angelegenheit in eine Stelle, in die höchste Stelle zu verlegen. Ich kann nicht leugnen: überall, wo ich nur zu sagen habe, es wird zum allgemeinen Wohl dem Reiche ein größerer Wirkungsfreis gegeben, da kann ich nicht widerstehen, da unterstütze ich die beschalligten Vorschläge. Hier be-gehren wir von der preussischen Landesvertretung nichts, als die allgemeine Ermächtigung, mit dem Reiche zu verhandeln, Aufgabe des Reichstages und der verbandelten Regierungen wird es sein, zu unteruchen, in welcher Weise diesem Verlangen Folge gegeben werden kann. Wenn der Vorredner ver-muthet, daß die Vollmacht, die ausgestellt werden soll, nicht an eine bestimmte Zeitdauer geknüpft sei, so möchte ich sagen: lernen wir uns doch etwas besser vertrauen.

Stauben Sie denn, daß, wenn die jegige Regierung mit ihren Vorschlä- gen beim Reichstage nicht durchbringt, sie dann die Sache so behandeln wird, als bestände die Vollmacht per omnia saecula fort? Werden wir denn nicht die Nothwendigkeit anerkennen müssen, dann die Sache mit einem künftigen Landtage von Neuem zu verhandeln? Und wenn gesagt würde, der preussische Landtag wird, wenn die Verträge abgeschlossen sind, nichts mehr dazu sagen können, so erwiedere ich: das wolle Gott verhüten! Wie sollte denn die Stellung der Regierung zu dem Reichstage sein, wenn es dem preu-sischen Landtage nicht gestattet sein sollte, zu sagen: Wenn mir der Vertrag nicht antheilt, so sage ich nein! Also das kann nimmermehr mit Grund be-schürft werden, daß wir diesen wichtigen Vertrag, der ein so bedeutendes Selbstinteresse in sich faßt, behandeln könnten, als ob er ein bedeutungsloser Act sei. Wenn der Vorredner gemahnt hat, nicht den Krieg zu suchen und die Verpfändung zu wollen, so stimme ich mit ihm in dem Zwecke, den er vorschlägt, vollständig überein. Ich wünsche, daß diese so mannigfachen, so schwierige, so wichtige Interessen berührende Frage von allen Seiten im bundesfreundlichen Sinne geprüft und erwogen werden möge. Ich bin über-zeugt, wenn das geschieht, so wird das Resultat nicht der Zustand der Ver-seindung, sondern der Zustand des befestigten Friedens sein. (Beifall.)

Abg. Hammacher: Wenn wir schon wiederholt der Ansicht begegnet sind, daß wir durch Annahme dieser Vorlage die Uebernahme sämtlicher deutschen Eisenbahnen durch das Reich verlangen, so ist das eine Verleugung des Urtheils und der öffentlichen Meinung und ich constatire, daß den Mit-gliedern meiner Partei nichts ferner liegt, als die Aufstellung eines solchen Präjudices. Wir wollen aber, daß in Zukunft Deutschland statt einer par-ticularischen eine deutsche Eisenbahnpolitik treibe, denn zur Wohlfahrt des deut-schen Volkes ist das Reich gestiftet, und was Preußen betrifft, so haben viel mehr, als ideale Güter, die wirtschaftlichen Vorzüge und Verknüpfungspunkte ihm Sympathien und die Anerkennung als Vormacht im Reiche erworben. Die Eisenbahnpolitik ist es, die die Zukunft unseres Landes beherrscht, von ihr hängt die Concurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte ab und gerade Deutschland, das seine Rohmaterialien weder an einem Punkte zu-sammen, noch, wie England und Belgien, in der Nähe des Meeres hat, ist auf eine glückliche Entwicklung der Eisenbahnfrage hingewiesen. Ich weiß sehr wohl, und gebe Herrn Richter darin vollkommenen Recht, daß die Tarife sich nicht willkürlich reguliren lassen, daß die Concurrenz sie beeinflusst, aber überall gravitirt die Höhe der Tarife nach der Höhe der Anlagekosten, es kann nicht anders sein. Daraus folgt für mich, daß es unser erstes Be-streben sein muß, wie wir die günstige Eisenbahnpolitik schon jetzt auf feste glückliche Grundlage zu bringen vermögen. Die französische Regierung, auf die hingewiesen wurde, ist in einer anderen Lage; sie hat das Recht, die Tarife der Privatbahnen zu bestimmen, der preussische Handelsminister dagegen kann die Tarife nicht soweit herabdrücken, daß das Privatnachtecapital ge-schädigt wird. Die Eisenbahnen sind öffentliche Verkehrsstraßen. Deshalb enthält der Gesetzentwurf in erster Linie die Bestimmung, das Reich solle in Zukunft einen unmittelbaren Einfluß ausüben können. Ich denke, ohne dies ist das Abspalten eine reine Chimäre. Nicht nur in ihrer Sicherheit, auch in ihrer Leistungsfähigkeit in Bezug auf Bahnhöfe, Geleise, Locomotiven, Haltestellen u. s. sollen die Eisenbahnen dem öffentlichen Bedürfnisse genügen und sich überdies den Bestimmungen des Bundesraths über die Tarife unterwerfen.

Dies ist der Inhalt des Aufsichtrechts: ich sollte meinen, wer das Recht hat, diese Bestimmungen durchzuführen, der hat auch das Eigentum. Ich würde geneigt sein, zu glauben, daß wir zeitweilig auch mit etwas weniger strengen Bestimmungen ausreichen würden, aber auf die Dauer nicht. Was die Vorredner zu Gunsten der Privatbahnen gesagt haben, könnte ich noch um Vieles vermehren, es giebt bei ihnen so gut neben schlechten auch gute Directoren, wie bei den Staatsbahnen, aber die Verhältnisse sind härter, als die vorübergehende Thätigkeit einzelner. Wir bedürfen der Etablierung einer festeren, durchschlagenden, deutschen Eisenbahn-Verwaltung, namentlich fremden Staaten, Rußland, Oesterreich gegenüber ist der Einzelne viel zu schwach, um seine Verkehrsinteressen mit Erfolg vertreten zu können. Nichts liegt mir wie der Regierungsvorlage ferner, als die Leistung der Privatbahnen herabzudrücken, einen Gegensatz zwischen ihnen und den Staatsbahnen zu erzeugen. Aber erinnern Sie sich nicht der Klagen aus Württem-berg über den theuren Transport von Steinkohlen? Wir konnten im Reichs-tage nicht helfen, da wir der badiischen Regierung nicht zumuthen konnten, für einen Transport, bei dem sie nur für eine geringe Strecke interessiert war, einzutreten. Jetzt ist dem Kohlentransporte nach Hamburg und Bremen abgeholfen, nach Wilhelmshafen aber kann die westfälische Kohle nicht ge-langen; da liegen fremde Eigentümer dazwischen, die wir nicht nöthigen können. Die Bestimmung der Reichsverfassung besteht dormalen nur auf dem Papiere, sie muß zur Wahrheit gemacht werden, und ich meine, wenn die Reichsregierung an die preussische Volksvertretung appellirt, so sind wir nicht in der Lage, dazu etwas Anderes als „Ja“ zu sagen. Wir haben dann ein gutes Werk gethan, für das uns nicht nur die Bewohner Preußens, sondern ganz Deutschland Dank wissen werden. Wenn es mir gelungen ist, Sie davon zu überzeugen, (Nein, nein!), daß wir, wenn wir diese Vorlage annehmen, die deutsche Arbeit fräftigen, sie anders stellen, als sie heute ge-stellt ist, dann werde ich zufrieden und überzeugt sein, unserem Vaterlande einen Dienst erwiesen zu haben. (Beifall.)

Abg. Reichensperger: Ich bin erstaunt gewesen, die Bedeutung der Vorlage durch den Abg. Lasker auf etwas rein Formales zurückgeführt zu sehen. Im Eifer der Beredamkeit ist ihm aber das Unglück passiert, daß er gleich darauf die politischen Gesichtspunkte als diejenigen bezeichnet hat, welche ihn bestimmen, für dieselbe zu stimmen. Er hat das weitere Unglück gehabt, daß von dem unmittelbar nach ihm sprechenden Minister das directe Gegen- theil ihm entgegengehalten wurde, indem er erklärte, man möge nur die wirtschaftliche Seite der Frage im Auge behalten. Die Motive zu der Vor-lage sind als solche bezeichnet worden, die gerade die gegenseitige Ueberzeu-gung von der Herborrufen, die sie herborrufen sollten; mir scheinen sie für einen andern Gesichtspunkt geschrieben worden zu sein, als für den, dem sie beigegeben sind, nämlich zu einem Gesetzentwurf, betreffend den Anlauf sämtlicher Privatbahnen durch den Staat und die demnachstige Uebertra-gung sämtlicher Bahnen an das Reich. Bei einer Abtretung der preussischen Bahnen an das Reich sind 3 Alternativen möglich: entweder un-geschwächte Fortführung der preussischen Traditionen oder aber Verminderung der bisherigen wohlwollenden Einwirkungen der preussischen Regierung gegen-über den Privatbahnen, oder aber endlich gestärkte Begünstigung der Privat-bahnen. Der erste Zweck erfordert nicht eine so förmliche Operation, während die beiden andern Alternativen gleich ungerecht und verwerflich sind. Die Vorlage soll die Macht des Reiches stärken, nichts ist aber mehr als gerade sie geeignet, berechtigten und unberechtigten Particularismus wachzurufen oder zu steigern, der, aus der Stammesverfälschung herborgewachsen, auch nicht in dem Glühenden des allerheißten Reichschauvinismus zu vernichten ist. Zu gleicher Zeit mit dieser Vorlage stellt die Regierung die Anforderung an uns, noch eine Anzahl Privatbahnen für Preußen anzukaufen, um die

neue Serie gleichfalls auf dem Reichsaltar niederzulegen. Hat die Regierung etwa die Idee, dem Reiche für diese Bahnen eine andere Zahlung zuzuschießen, als uns den Privatbahnen gegenüber? Doch wohl kaum! Wie kommt dann aber die preussische Regierung dazu, den Preis, den das Reich zahlen soll, mit uns hier zu vereinbaren? Dem preussischen Staate bleibt nach der Vorlage auch nach der Abtretung das Recht, neue Staatsbahnen zu bauen und Privatbahnen zu concessioniren, damit wahrlich sich Preußen das Recht, neben den abgetretenen preussischen Staatsbahnen die allerwichtigsten Concurrenzbahnen zu bauen. Um zu zeigen, was das bedeutet, in welche Lage dadurch Reichseisenbahnen kommen können, nenne ich nur die Namen Berlin-Schlesien und Berlin-Potsdam; das Deutsche Reich wird aber trotz seiner höheren Majestät nicht für berechtigt erklärt, irgend eine neue Bahn auf preussischem Gebiet zu bauen. Bei der Gegenüberstellung dieser beiden Eventualitäten kann von einer wirklichen Wahrnehmung der deutschen Interessen nicht die Rede sein; vielmehr können die ernstlichen Verhältnisse in das Gesamtinteresse übertragen werden; das Jahr 1866 sollte uns doch als Warnung stets vorstehen. Daß durch die Annahme der Vorlage Seitens des preussischen Landtages ein Druck ausgeübt werden soll, liegt auf der Hand; der Bundesrath wird trotzdem, wenn er noch gewillt ist, das wahre wirkliche Interesse des Deutschen Reiches zu vertreten, die Vorlage ablehnen müssen. Es wird nicht die Autorisation zum Abschluß eines Vertrages gefordert, sondern mehrere Verträge, über jeden einzelnen der fünf Punkte der Vorlage soll ein Vertrag geschlossen werden.

Nun soll der Vorbehalt der Genehmigung des preussischen Landtages für die Verträge sub 1, 3 und 4 bestehen, das sind nämlich die Verträge, wodurch die fiscalischen Rechte des Staates Preußen an das Reich gegen Zahlung abgetreten werden, ein Vorbehalt wird aber nicht gemacht hinsichtlich der Verträge sub 2 und 6; wo von dem Eisenbahn-Aufsichtsrecht und sonstigen staatlichen Rechten gehandelt wird. In eine solche Stellung kann sich der preussische Landtag nicht bringen lassen, er würde sich selbst fesseln, man würde uns sagen: das Aufsichtsrecht des Reiches kann nur ein gesundes sein, wenn die Aufsichtsbehörde auch die Verwaltung hat. Ebenjowenig kann in militärischer Beziehung gewonnen werden, denn schon jetzt sind die preussischen Staatsbahnen in der Hand des obersten Kriegsherrn des Deutschen Reiches. Verwerfen Sie eine mit dem nationalen Geist unverträgliche Centralisirung; die Vortheile, die man zu erreichen hofft, können auch ohne dieselbe erreicht werden, denn der Reichstag wird immer die Hand haben bieten, die Artikel 41-47 der Verfassung auszuführen. Nichts hat mich mehr gewundert, als die getrigge Aeußerung des Herrn Reichskanzlers über die erfolglose Thätigkeit des Reichseisenbahnministers, namentlich in Folge der Demonstrationen des preussischen Handelsministers, der dem nicht widerprochen. Nach den Aeußerungen der Vertreter der anderen Staaten auf der Eisenbahn-Conferenz scheint mir eine Durchführung der Art. 41-47 der Reichsverfassung sehr wohl möglich.

Damit wird die Debatte geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung lehnt Abg. von Wedell-Malchow die Rolle, die der Abg. Berger ihm bei der Conception des Reichseisenbahn-Projects zuertheilt habe, dankend ab, indem er ihn an die Vorschrift des Code Napoleon erinnert: La recherche de la paternité est interdite. (Heiterkeit.)

Die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission wird hierauf mit großer Majorität abgelehnt (für dieselbe stimmt nur das Centrum). Die zweite Lesung findet also im Plenum statt. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Wiederholte Verhandlung der Vorlage wegen Einverleibung Lauenburgs und eine Reihe kleinerer Specialgesetze.)

Berlin, 27. April. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und Königin haben im Namen des Deutschen Reiches den Herrn Louis Colom y Victor in San Lúcar de Barrameda (Spanien) zum Vice-Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reiches die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Strassburg i. E. vorgenommene Ernennung zu Pfarrer des Pfarrbezirkers Carl Schäfer in Gerweiler zum Pfarrer in Oberbetschdorf, Bezirk Unter-Elsch, bestätigt.

Se. Majestät der Kaiser haben den Kreisrichter Freiwald zu Schubin zum Regierungsrath ernannt; und dem Bankier Dietrich Martens in Marienburg W.-R. den Charakter als Commerzienrath verliehen. Am Gymnasium zu Düsseldorf ist der ordentliche Lehrer Dr. Fauch zum Oberlehrer befördert worden. Der bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn angestellte königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Wilhelm Heinrich Buchholz zu Guben ist in gleicher Amtseigenschaft nach Götlich versetzt worden.

Berlin, 27. April. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] haben gestern Ihre königlichen Hoheiten den Grafen und die Gräfin von Flandern sowie Ihre königl. Hoheiten den Fürsten und die Fürstin von Hohenzollern mit einer Einladung zur Tafel beehrt.

Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Charlotte, älteste Tochter des Kronprinzen, die seit einigen Wochen in St. Leonards in England verweilt, kletterte, der „C. C.“ zufolge, am Sonnabend der Prinzessin Louise und dem Marquis of Exeter einen Besuch in Dunbridge Wells ab. Der Aufenthalt an der Seefläche ist der Prinzessin sehr wohl bekommen. (Reichhaltig.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 153. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

28 75	114 32	55 92	269 377	440 (600) 67	524 30	633 704	19
68 70	896 940	70 (300) 76	1047 182	(300) 222 71	(600) 327 90		
(600) 408 359	536 (1500) 622 32	(300) 946 72	2141 63	203 (300) 24 45	343 470	608 63	72
707 26	74 932	49 53	3100 48	205 38	300 10 28	84 407	14
33 50	559 67	(300) 95 (600) 682	847 49	78 94	(3000) 953 62	74 4109	226
(1500) 422 45	(600) 507 50	673 81	729 55	823 51	920 38	42 (300) 52	58
(600) 5065 113	269 326	27 68	413 70	73 79	572 729	35 90 (3000) 838	39
963 90	90 6054	(15000) 67 83	103 (300) 15	(300) 20 41	88 218	47 93	368
414 (300) 45 97	589 90	768 856	(3000) 71 (600) 99	917 18	42 73	7062 133	
(600) 76 207	18 63	87 346	442 507	53 (300) 605	38 (600) 83	779 820	40
82 85	92 911	50 (1500) 99	8025 176	88 (300) 96	(300) 252	(300) 57	466
95 537	76 619	734 53	(600) 97 (300) 831	59 75	920 27	9047 64	75
166 (300) 202	12 76	408 66	(300) 79 (600) 90	95 602	35 79	793 810	46
966 83	84 99	10,000 36	92	136 67	78 (600) 87	210 99	(3000) 310
31 75	77 460	80 85	511 607	38 69	(600) 74	802 92	93
960 61	11,023 (1500) 68	86 121	32 243	344 424	551 96	797 840	(3000) 46
917 (600) 25	(1500) 46 63	12,041 68	107 11	(300) 42	68 (600) 92	200 50	79
86 (300) 322	56 404	94 524	45 91	870 911	31 84	95 13,029	44
122 (300) 24	51 66	306 13	409 51	325 39	626 (1500) 97	728 40	66
81 (300) 86	802 52	(600) 73 96	953 14,007	29 35	42 (300) 64	68 98	110
43 83	46 79	91 (300) 386	443 74	97 571	84 601	(300) 758	63
807 36	999 15,005	54 72	94 165	71 88	281 (300) 304	72 (1500) 446	
513 53	603 707	92 830	933 (300) 16,000	18 (3000) 279	327 97	(300) 526	(300) 81
736 65	810 58	99 (1500) 17,003	134 (600) 35	(1500) 36	(300) 42	81 99 212	364
(300) 85	417 74	508 602	17 22 66	67 13	451 63	81 900	26 35
80 98	25 53	(300) 505 32	64 (300) 18,023	125 60	288 312	(300) 13	48
420 25	53 (300) 503	32 94	81 87	93 602	27 29	35 723	
98 845	50 19,001	29 115	56 500 (1500) 75	93 659	95 707	21 23	
56 (300) 73	82 804	(1500) 69 (1500) 928	44 99	20,019 117	(1500) 89	268 304	27 82
429 (6000) 33	86 580 95	630 84	97 712	(1500) 69	854 67	(1500) 94	(300) 96
927 47	(3000) 52 89	21,013 17	31 46	63 83	106 235	76 304	61
418 32	38 568 74	618 44	(3000) 726	52 978	22,057 87	123 31	(1500) 211
35 75 95 311	437 544	632 82	725 47	50 (5600) 85	809 940	63 87	(200) 720
23,001 18	41 70	112 95	202 30	323 417	34 85	528 664	72
36 74	816 83	(300) 922	42 98	24,058 69	112 15	64 93	209
31 75 381 70	86 429	86 565	93 600	(300) 67 93	786 816	30 934	25,038
29 53 83	111 59	88 278	302 17	29 (300) 49	66 (600) 68	479 55	705
28 34	(1500) 56	(3000) 69 77	(300) 98	99 32	932 81	90 93	26,001
(300) 130	50 59	200 45	60 78	344 53	76 474	523 (300) 42	(300) 45
74 608	10 16	717 45	55 74	805 20	42 88 928	35 37	82
27,015 46 258	98 323	38 59 472	97 599	602 15	(300) 23 (300) 62	741 828	
35 (300) 493	57 67	84 (300) 97 28,151	207 (300) 360	(600) 68	434	65 73	(300) 93
757 61	67 860	968 (300) 78	29,019 68	279 87	316	21 88	66
435 556	685 768	865 938	30,014 115	79	235 68	417 29	(3000) 521
649 745	84 827 74	81 901	32	31,004 21	39 53 146	99 234	(1500) 45
324 (600) 48 46	433 54	(3000) 73 (1500) 83	557 70	85 (1500) 611	(600) 39	82 723	
26 27	(3000) 65	(300) 837	997 (3000) 43	32,101 17	548 606	25	

828 49	907 1500	39 42	33,076 18	294 391	94 (300) 433	(300) 157
39 501	33 618	741 923	39 (1500) 47	(600) 54	34,032 50	71
68 84	213 (300) 57	300 8 18	405 537	81 621	73 (600) 750	59
(6000) 66	(300) 84 (300) 820	943 68	89 35,011	24 49	107 15	47
232 46	313 32	402 591	99 643	44 969	36,038 88	184
86 208 308	(1500) 21 44	501 53	(600) 92	687 88	707 37	81
807 30	33 59 62	87 961	37,116 71	304 51	95 412	545
53 57	38,042 143	286 317	20 63	65 70	437 65	515
24 737	60 811	57 70 916	39,153 68	(300) 84	(3000) 87	268
98 320	(300) 88	477 542	91 92 621	70 97	745 50	[811 20 44 57 937 (600) 58 90.

40,018 52	82 98	231 (300) 60	400 52	66 503	4 (300) 11	667
785 801	31 39	974 41,036	125 74	(300) 95 (300) 323	25 38	61
84 509	633 59	73 700	5 12	18 21 59	820 73	946
78 99	42 210	20 385	(3000) 401	537 611	(600) 36	52 58
713 32	53 66 820	(3000) 46	947 87	(600) 43,014	34 44	64
(3000) 88	192 206	43 52 75	316 (600) 433	43 507	61 748	(300) 85
(300) 87	815 24	74 909 61	44,005	(600) 7 47	127 47	(300) 272
308 28	401 15	67 87 (1500) 517	27 86	87 624	(3000) 37	65
83 710	13 29	35 75 (300) 908	27 71 45,004	107 95	217 48	82
94 349	50 54	78 91 444	95 99	501 29	63 89	(300) 612
28 60 85	713 44	845 58	915 75	83 95 46,038	50 77	95 (3000) 131
(1500) 48	217 22	85 325 (600) 406	39 44	519 50 52	606 702	(300) 63
841 74	(300) 89	47,067 118	216	77 (1500) 87 350	93 (300) 491	525
605 8 48	65 756	57 75 817	31 37	38 932 48,040	(600) 73	74
77 90	110 (3000) 29	315 17	(3000) 454	583 629	707 10	55
831 46	49 92	98 901 41	49,001	48 67	69 87	106
266 99 (600) 397	432 98	518 28	36 (3000) 62	(3000) 608	46 (1500) 702	62
73 863	968 94	50,238 (600) 91	310 37	62 (300) 407	21 29	526
90 681	738 817	60 985	51,111	22 41 51	247 62	91
343 413	596 660	724 43	72 73	836 (600) 904	13 (600) 91	52,000
19 68	129 78	(15,000) 209	25 (300) 38	45 51 375	89 435	88
534 60	87 632	819 46	58 (3000) 87	92 97 99	(1500) 926	(3000) 34
(300) 53	53,006 9	52 (300) 84	129	87 93	255 (600) 59	707
812 971	(300) 54,033	51 57 83 153	60 (300) 288	317 44	421 (3000) 504	(600) 31
74 709	10 50 56 820	21 (300) 71	(300) 960	(600) 70	72 55,028	(300) 99
(3000) 208	22 31	36 98 (300) 406	32 71	80 (600) 514	40 646	724
33 44	91 94 867	79 912	30 (300) 56,101	75 253	315 73	519
607 70 705 857	67 91	912 53	72	57,038 56	80 106	10 46
200 405	506 16 30 614	40 58	719 (1500) 61	814 91	99 977	86
97 58,046	122 47 53 97	314 18	541 (300) 641	56 84	90 724	(300) 828
57 71 85 901 99,115	56 63	64 204	86 357 (600) 479	85	533 54	99 (300) 670
(600) 90	738 55	77 811	58 913	26 54		

60,047 92	(300) 97	131 52	(1500) 53	58 (600) 225	382 441	67
83 90	99 622	72 702	3 77 (600) 801	(3000) 49	60 912	36
(1500) 47	61,002 (3000) 66	67 158	61 212	23 356	(1500) 400	6 88
508 87	17 45	604 82	(600) 91	916 61	62,020 26	92
109 216	15 57 331	(600) 50	401 16	23 24 68	(600) 602	(300) 54
709 846	74 922 (300) 24	52 63,013	62 65	92 157	(300) 64	204
313 43	67 85 454 60	74 510	33 610	85 705	(300) 38	948
64,001	12 76 (1500) 136	52 225	363 91	429 40	94 95 526	55
66 624	40 47 707 (1500) 52	63 71	(600) 815	79 941	92 65,002	81
105 (3000) 86	226 356 95	(1500) 412	35 57	69 97 511	95 706	28
56 857 (300) 922	38 (300) 66,080	128 89	241 91	317 19	77 96 471	519
82 633	711 35 41 92	813 72	(300) 76	86 967	74 67,194	246
96 47 96 (3000) 426	69 86	509 (600) 27	64 82	87 647	53 703	63
66 841	971 79 88 97 98	68,016 58	72 (300) 128	56 94	203 5 18	357
460 764 897 72	970 (600) 69,043	192 (300) 206	21 (600) 82	312 467	90 517 48	(600) 73
600 97	771 98	800 2 8	28 42	61 77 900	19 20	

83	90	99	622	72	702	3	77	(600)	801	(3000)	49	60	912	36	(1500)	47
87	61,002	(3000)	66	67	158	'61	212	23	356	(1500)	400	6	68	508		
(300)	17	45	604	82	(600)	91	916	61	62,020	26	92	109	214	16	57	
331	(600)	50	401	16	23	24	68	(600)	602	(300)	54	709	846	74	922	
(300)	24	52	63,013	62	65	92	157	(300)	64	240	313	43	67	85	454	
60	74	510	33	610	85	705	(300)	38	948	64,001	12	76	(1500)	136		
52	225	363	91	429	40	94	95	526	55	66	86	624	40	47	707 (1500)	
52	63	71	(600)	815	79	941	92	65,002	81	105	(3000)	86	226	356		
95	(1500)	412	35	67	69	97	511	95	706	28	56	857	(300)	922	36 (300)	
66,080	128	89	241	91	317	19	77	96	471	519	82	633	711	35	41	
92	813	72	(300)	76	86	967	74	67,194	246	96	320	46	47	96	(3000)	
426	69	86	509	(600)	27	64	82	87	647	53	703	63	66	841	971 79 88	
97	98	68,016	58	72	(300)	128	56	94	203	5	18	357	460	764	887	
72	970	(600)	69,043	192	(300)	206	21	(600)	82	312	467	90	517			
48	(600)	73	600	97	771	98	800	2	8	28	42	61	77	900	19 20.	

4900 Mgr. über die Bosener Bahn resp. Seitenlinien, 5800 Mgr. über die

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt:
Weizen: 15,760 Mgr. nach der Posener Bahn, 39,970 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 35,244 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 154,400 Mgr. auf der Freiburger Bahn, 51,115 Mgr. nach der Mittelwalder Bahn, 9950 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Rechte-Over-Ufer-Bahn, 68,300 Mgr. auf der Rechte-Over-Ufer-Bahn, im Ganzen 374,739 Mgr.
Roggen: 6630 Mgr. nach der Posener Bahn, 10,100 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 35,485 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 216,500 Mgr. auf der Freiburger Bahn, 20,443 Mgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 45,527 Mgr. nach der Mittelwalder Bahn, 29,055 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Rechte-Over-Ufer-Bahn, 30,200 Mgr. auf der Rechte-Over-Ufer-Bahn, im Ganzen 393,940 Mgr.
Hafer: 10,300 Mgr. auf der Rechte-Over-Ufer-Bahn, 9130 Mgr. nach der Freiburger Bahn, im Ganzen 19,430 Mgr.
Mais: 288,745 Mgr. nach der Posener Bahn, 37,428 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 124,764 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 20,200 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Rechte-Over-Ufer-Bahn, 85,011 Mgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 20,079 Mgr. nach der Mittelwalder Bahn, im Ganzen 576,227 Mgr.
Oelsaaten: 4960 Mgr. nach der Posener Bahn, 6463 Mgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 14,959 Mgr. nach der Mittelwalder Bahn, im Ganzen 26,382 Mgr.
Süßfrüchte: 8736 Mgr. nach der Posener Bahn, 34,073 Mgr. nach der Oberschlesischen Bahn, im Ganzen 42,809 Mgr.

Nürnberg, 25. April. [Hopfenbericht.] Unter den kleinen Beständen der besten Sorten sind es Spalterlandjagel, für welche in Auswahl 100 bis 120 M. gefordert und bei Bedarf auch bezahlt wird. Weniger tadellose Siegelware, von Eignern ebenfalls Prima genannt, ist auf 75—95 M. gehalten; es finden von denselben nur Abschlüsse in kleinen Pöschchen statt. Der gestrige Umlag betrug 120 Ballen, von welchen auch Abschlüsse zu 50—54 Mark für Markthopfen Ernährung verdienen. Im Gegensatz zu dem Mangel der billigsten und theuersten Waare sind zahlreich ausgebotene Mittelsorten, welche meistens aus Hallertauern bestehen, jetzt ganz vernachlässigt und lassen sich Abschlüsse nur zu Gunsten der Käufer realisiren; dieselben notiren je nach Qualität und Farbe 55, 60, 65, 70 M. — Am heutigen Markt fehlten Käufer, deshalb kamen nur wenig Abschlüsse zu Stande, so daß der Umlag bis Mittag bloß 50 Ballen beziffert. — Notirungen, meist nominell, lauten: Beste Marktware 54 bis 56 Mark, Secunda 45 bis 48 Mark, gute Gebirgs-Hopfen fehlen, 58 bis 68 Mark, Hallertauer prima 70 bis 80 Mark, dito secunda 54 bis 60 Mark, Würtemberger prima 70—80 M., dito Mittel 50—70 M., Spalter Land, schwere Lage 90—110 M., dito leichte Lage 50—78 M., Wolnzach-Muer Siegel gefordert 75—85 M., Posener 54—68 M., Nischgründer 48—54 M., Giffasser 54 bis 66 M., Oberherreicher 50—60 M. Auslieferungen von Prima- und Siegelhopfen werden höher bezahlt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

April 27. 28.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331 ^{''} 24	331 ^{''} 18	331 ^{''} 10
Luftwärme	+ 8° 1	+ 5° 9	+ 2° 9
Dampfdruck	2 ^{''} 48	2 ^{''} 77	2 ^{''} 32
Dampfsättigung	61 pCt.	82 pCt.	90 pCt.
Wind	NW. 3	NW. 2	NW. 1
Wetter	bedeckt.	beiter.	wolkig.

Breslau, 28. April. [Wasserstand.] D.-B. 5 M. 32 Cm. U.-B. 1 M. 28 Cm.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Brüssel, 27. April. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer machte Finanzminister Malou die Mittheilung, daß die belgische Regierung, nachdem die Zuckercanvention von den holländischen Generalstaaten abgelehnt worden, wegen des Zusammentretens ihrer neuen Konferenz über die Zuckerfrage Schritte eingeleitet habe.

(Z. Hirsch's telegraphisches Bureau.)

Belgrad, 27. April. Bei Rissova hat ein blutiger Kampf zwischen bosnischen Infanterien und Türken stattgefunden.

Telegraphische Course und Börsennotirungen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 27. April, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 10, Pariser Wechsel 80, 87, Wiener Wechsel 169, 60, Böhmische Westbahn 140, Elisabethsbahn 125½, Galizier 157½, Franzosen* 229½, Lombarden* 77½, Nordwestbahn 110½, Silberrente 58, Papierrente 55, Russ. Bodencredit 85, Russen 1872 95½, Russ. Anleihe de — — Amerikaner de 1885 101½, 1860er Loose 99, 1864er Loose 261, 00, Creditact.* 119, Oest. Nationalb. 744, 00, Darmst Bank 98½, Preussler Bank — —, Berliner Bankverein 81½, Frankfurter Wechselbank 77½, Deutsch-Oesterreichische Bank 90½, Meiningen Bank 79½, Bahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 153½, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 96, Oberhessen 72½, Ungarische Staatsloose 140, 20, do. Schatz. alte 85½, do. neue 84, Central-Pacific 90½, Türken —, Ang. Ost.-Obl. II. 57, Deutsche Vereinsbank —, Pardubitzer Actien —.

Fest bei lebhaften Umsätzen.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 115½, Franzosen 227, Lombarden 76½, 1860er Loose 97½, Nordwestbahn —, Franz-Josefsbahn —, Galizier 156½, Ungarische Staatsloose —, —. Markt.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 27. April, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-A. 114, Silberrente 57, Creditactien 113½ Br., Nordwestbahn —, 1860er Loose 96, Franzosen 566, Lombarden 187, Italienische Rente 70½, Vereinsbank 117½, Laurahütte 55½, Commerzbant 84, do. II. Emission —, —, Preussisch-Disconto —, Norddeutsche 125½, Anglo-deutsche 56, Internationale Bank 84½, Amerikaner de 1885 96, Köln-Rheinener St.-A. 99½, Rheinische Eisenbahn do. 114½, Vergleich-Märkische do. 78½, Disconto 3 pCt. — Markt.

Hamburg, 27. April, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine behauptet. Roggen loco fest, auf Termine rubig. Weizen pr. April-Mai 205 Br., 204 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Rilo 206 Br., 205 Gd., Roggen pr. April-Mai 148 Br., 146 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Rilo 150 Br., 149 Gd., Hafer höher. Gerste: malk. Rübel fester, loco 61½, pr. Mai 60½, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 62½. — Spiritus leblos, pr. April 33½, pr. Mai-Juni 34, pr. Juni-Juli 34½, ver August-Sept. per 100 Liter 100% 36½. Kaffee rubig, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 12, 25 Br., 12, 00 Gd., per April 12, 00 Gd., ver August-December 12, 00 Gd. — Wetter: Trübe.

Liverpool, 27. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Baumwollener Umsatz 8000 oder 9000 Ballen. Steiger. Tagesimport 7000 B., davon 3000 B. amerikanische.

Antwerpen, 27. April, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste unverändert.

Antwerpen, 27. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 bez. und Br., per April 28 Br., pr. Mai 28 Br., pr. September 29½ Br., per September-December 30 Br. Steigend.

Bremen, 27. April, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco und pr. Mai 11, 30, pr. Juni 11, 40, pr. August-December 12, 30. — Fest.

Bruchbänder,
Fussmaschinen, Suspensorien,
Spritzen und Clysopompen
empfehlen **Paul Schmidt,**
Nikolaistr. 52, [4603]
vis-à-vis der Barbara-Kirche.

Stammseidel von 1—9 Mark,
Glaswaaren, Zinn-Spielwaaren,
Bettwärmer, Spritzen, auch Repara-
turen jeder Art empfiehlt zu billigen
Preisen **Rudolf Hertenstedt,**
Schubdr. 22, Glas- u. Zinnw.-Gesch.

Ein möblirtes zweifensstriges Vorderzimmer
mit schwerem Einrichtungsgegenständen zu vermieten

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.